



HESSISCHER LANDTAG

22. 09. 2022

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Aus den Fehlern des 9-Euro-Tickets lernen, Bahntarife bundesweit vereinheitlichen, ÖPNV kostendeckend betreiben und Qualität nachhaltig stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass das 9-Euro-Ticket vor allem die Bestandskunden der Bahn verprellt hat und damit weit mehr Geld als die direkte Subvention gekostet hat: Dies betrifft nicht nur die Differenz in Millionenhöhe der verkauften 9-Euro-Tickets zum tatsächlichen Ticketwert, sondern weitere mehrere 100 Mio. Euro an Wert für Zeit- und Netzkarten, die jetzt nicht mehr gekauft werden. Das 9-Euro-Ticket ist alles andere als ein Erfolg!
2. Der Landtag stimmt mit den nachweisbaren Erkenntnissen überein, dass die Busbranche aufgrund des 9-Euro-Tickets mit massiven Umsatzeinbußen zu kämpfen hatte. Die Züge waren gerade zu den Berufsverkehrszeiten chronisch überfüllt, viele Pendler stiegen in dieser Zeit ganz auf das Auto um. Der Landtag stellt fest, dass trotz 9-Euro-Ticket viele vorübergehende ÖPNV-Nutzer nicht dauerhaft zu Kunden werden wollen und es eher eine temporäre Mitnahmentalität gab.
3. Der Landtag stellt fest, dass die Umschichtung der Finanzierungslücken vom Bund zu den Ländern nicht das grundsätzliche Problem löst, dass ein nicht-kostengedeckter ÖPNV Milliardenlöcher sowohl in die Landeshaushalte sowie auch in den Bundeshaushalt reißt. Folge ist, dass sich die Staatsverschuldung verschärft und das Staatsziel der Schuldenbremse schwieriger zu erreichen ist.
4. Der Landtag stellt fest, dass die Kostenspirale und Defizite des ÖPNV generell gestoppt werden müssen. Deutschland hat die höchsten Energiekosten weltweit und allein schon deshalb wird es zu einer Abwanderung von Industrieunternehmen kommen, was zu einem weiteren Rückgang der Steuereinnahmen führen wird. In diesen Zeiten müssen alle Staatsausgaben auf den Prüfstand, auch die Subventionen des ÖPNV. Da der ÖPNV nur etwa 20 % aller zurückgelegten Wegstrecken der Bürger ausmacht, muss nach tatsächlichen Bedarfen gefördert werden und nicht nach ideologischen Gesichtspunkten.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Pläne für annähernd vollsubventionierte Bahn- und Bustickets nicht zu unterstützen. Einheitstarife dieser Art verfehlen das Ziel, dass die Verkehrsverbände betriebswirtschaftlich handeln. Im Gegenteil werden sie sich immer mehr auf staatliche Ausgleichszahlungen verlassen. Das 9-Euro-Ticket ist deshalb ein falscher Anreiz für die Verkehrsverbände.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, den ÖPNV auf betriebswirtschaftlicher Basis mindestens zu 50% kostendeckend zu betreiben. Es sollte darüber hinaus generell im ÖPNV bei den Betreibergesellschaften ein hohes Maß an Kostendeckung angestrebt und auch erreicht werden. Nur so kann ein starker und investitionsfähiger ÖPNV mit hohen Qualitätsstandards dauerhaft erhalten werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, sich entschiedener als bisher der Digitalisierung des Verkehrswesens zu widmen und eigene Konzepte für einheitliche Bahntarife zu erarbeiten. Die Punkte Einheitstarife und Digitalisierung müssen jedoch getrennt begutachtet und realisiert werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 22. September 2022

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe